

Alte Menschen brauchen bedürfnisgerechte Wohnungen

Abwarten geht nicht mehr

Reden wir wieder mal über den demografischen Wandel. Nein - wir müssen handeln. Das sagen politische Akteure, die in dieser Konstellation eine eher ungewöhnliche Meinungsallianz schmieden.



Angeregt diskutieren unter anderem Ursensollens zweiter Bürgermeister Norbert Schmid (links) und Grünen-Landtagsabgeordneter Jürgen Mistol (rechts daneben) mit Sulzbach-Rosenberger Grünen über altersgerechtes Bauen und Wohnen im ländlichen Raum. Bild: Hartl

von **Michael Zeissner**



Ursensollen. Es sind die 3700-Einwohner-Gemeinde Ursen-sollen mit einem Bürgermeister der Freien Wähler und die Sulzbach-Rosenberger Grünen. Sie haben gleich noch einen ihrer regionalen Politikpromis mitgebracht. Den Regensburger Landtagsabgeordneten Jürgen Mistol. Und Franz Mädler (FW) musste sich kurzfristig von seinem zweiten Bürgermeister Norbert Schmid (SPD) vertreten lassen. Zusammengeführt hat sie im Sitzungssaal des Ursensollener Rathauses ein Projekt, das mit allen Höhen und Tiefen so weit gediehen ist, "dass wir wohl im nächsten Jahr das Bauen anfangen" (Schmid).

Es geht um altersgerechtes Leben und Wohnen, speziell im ländlich strukturierten Raum. Für Menschen also, die weniger städtisch geprägt sind und überwiegend gewohnt waren, in eigenen Anwesen ein eigenständiges Leben zu führen. Auch in dem eher kleinstädtischen Sulzbach-Rosenberg werde in der Bevölkerung dieser Wunsch immer öfter geäußert, erzählte die dortige Grünen-Stadträtin Yvonne Rösel. Mistol sah sich hingegen mit den Ursensollener Plänen in Würzburg erstmals konfrontiert. Auf einer Tagung zu dem Thema "Gemeinschaftliches Bauen und Wohnen.

Langer Atem nötig

Bis zur Spruchreife dieses Projekts, referierte stichpunktartig Schmid, sei es aber ein ganz schön langer und auch mühsamer Weg gewesen. Mit der Entwicklung eines auf die örtlichen Bedürfnisse zugeschnittenen Seniorenleitbildes habe es 2009 angefangen. Die nächsten Schritte seien die Formierung eines Seniorennetzwerks mit eigenem Programm und der Aufbau einer Nachbarschaftshilfe vor rund vier Jahren gewesen. Parallel sei die Idee von einem altersgerechten Wohnbauprojekt im Dorf entstanden und gereift.

Die Eckpunkte: erschwinglicher, barrierefreier Wohnraum (7 bis 8 Euro pro Quadratmeter) in einem Komplex mit bis zu 15 Wohneinheiten unterschiedlicher Größe und Zuschnitts, Gemeinschaftsräume (Veranstaltungen, Familienfeiern, Begegnung), eine angegliederte Sozialstation, eigenständige Nahversorgung sollte noch gewährleistet sein. Unter dem Titel "Gemeinsam statt einsam dahoam" firmierte das ursprünglich genossenschaftlich konzipierte Senioren-Projekt. "Daraus wurde nichts", musste Schmid eingestehen. Nach zwei Informationsversammlungen habe sich herausgestellt, dass grundsätzliches Interesse vorhanden sei, die genossenschaftliche Einlage von 50 000 bis 60 000 Euro die Leute jedoch überfordere. "Wir haben gedacht, der Verkauf des Siedlungshäuschens wird diese Kosten decken", erklärte der stellvertretende Bürgermeister. "Die Senioren wollen aber lieber vererben." Nun werde mit dem Wohnungsunternehmen Amberg verhandelt, aufgegeben sei das Projekt noch lange nicht, hat Schmid keine Zweifel an dem Bedarf.

LESEN SIE AUCH

SULZBACH-ROSENBERG

17.04.2019



Alle Platten müssen runter

SULZBACH-ROSENBERG

17.04.2019



Holzbau für vier Sandkästen

Vorbilder fehlen

Speziell auch, weil eine ganz bestimmte Klientel von alten Menschen angesprochen werden sollte: altersbedingt schon eingeschränkt, aber noch eigenständig und selbst verantwortlich; von Pflegebedürftigkeit noch klar entfernt, aber mittelfristig als eine Option nicht

ausschließbar. Dass genau für diesen sich mit Sicherheit vergrößernden Personenkreis auch in ländlich bis kleinstädtisch geprägten Kommunen Wohn- und Lebensraum geschaffen werden müsse, darin war sich die Runde jedenfalls einig.

Es fehle jedoch bisher an vorzeigbaren Projekten, an denen sich Kommunen orientieren könnten. Mistol regte an, eventuell ein noch nicht ausgeschöpftes spezielles Förderprogramm des Freistaates in Erwägung zu ziehen, das bis zu 90 Prozent der Kosten abdecke. Einzige Voraussetzung: die Kommune müsse Eigentümer bleiben.

KLICKEN SIE HIER FÜR MEHR ARTIKEL ZUM THEMA

[ALTERSGERECHTES WOHNEN](#)

[DEMOGRAFIE](#)

[GEMEINDE URSENSOLLEN](#)

[GRÜNE SULZBACH-ROSENBERG](#)

[POLITIK](#)

NACHRICHTEN PER WHATSAPP UND FACEBOOK MESSENGER

[© WhatsBroadcast](#)

WEITERE ARTIKEL

NITTENAU

01.05.2019

TIRSCHENREUTH

01.05.2019

AN